



MEDIENINFORMATION

Agglomerationsprogramm Stans: Keine Mitfinanzierung durch Bund trotz erheblicher Fortschritte

Die Argumente des Kantons Nidwalden konnten die Beurteilung des Bundesrates nicht ändern. Der Fokus wird nun auf das Agglomerationsprogramm der 2. Generation gerichtet.

Der Bundesrat hat die Botschaft und den Entwurf zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2011 für das Programm Agglomerationsverkehr, welche auch die Mitfinanzierung des Agglomerationsprogrammes Stans zum Gegenstand hat, an das Eidgenössische Parlament weitergeleitet.

Trotz einer umfangreichen Stellungnahme mit zahlreichen Argumenten hält der Bundesrat an seiner Beurteilung des Agglomerationsprogrammes Stans fest. Er beurteilt die Programmwirkung des Agglomerationsprogrammes nach wie vor als knapp zu gering und beantragt dem Parlament, im Rahmen der ersten Periode 2011-2014 auf eine Mitfinanzierung zu verzichten.

Anerkannt wird vom Bund, dass das Agglomerationsprogramm Stans 2007 gute Elemente enthält und die Agglomeration Stans in der letzten Zeit zahlreiche Anstrengungen unternommen hat, um die Verkehrssituation zu verbessern und Verkehr sowie Siedlung besser aufeinander abzustimmen. Positiv gewürdigt werden insbesondere die Anstrengungen im Bereich Langsamverkehr (Radwegkonzept), die konsequenten Knotensanierungen und das neue öV-Konzept.

Zum Zeitpunkt der Einreichung des Agglomerationsprogrammes Ende 2007 waren aber wichtige Grundlagenstudien erst in Erarbeitung und nun angepackte Massnahmen noch nicht initialisiert, weshalb das Programm dem Bund als zu wenig ausgereift erscheint. Die zwischenzeitlichen positiven Fortschritte konnten nicht berücksichtigt werden, um nicht die Konsistenz der Beurteilung über alle Programme zu verfälschen.

Gesamthaft darf positiv festgehalten werden, dass die Erarbeitung des Agglomerationsprogrammes Bewegung in die Diskussionen um die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsproblematik in der Agglomeration Stans gebracht hat. Die Arbeiten sind nun so weit

gediehen, dass das Potential für ein gutes Agglomerationsprogramm der 2. Generation vorhanden ist und auch reelle Chancen bestehen, in der zweiten Programmphase 2015-2018 Bundesmitteln zu erhalten. Der Nidwaldner Regierungsrat akzeptiert den Entscheid des Bundes und fokussiert seine Anstrengungen nun auf das Agglomerationsprogramm Stans 2011, bei dessen Erarbeitung die Gemeinden noch verstärkt miteinbezogen werden.

RÜCKFRAGEN

Baudirektion Nidwalden:

Regierungsrätin Lisbeth Gabriel, Baudirektorin, Tel. 041 618 72 02

Bundesamt für Raumentwicklung:

Gregor Tobler, Leiter Sektion Agglomerationspolitik, Tel. 079 248 62 94

Stans, 11. November 2009